

Antrag der FDP-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	28.11.2022	Entscheidung

Betreff

Mehr Transparenz und Schutz bei Duisburger Infrastrukturprojekten

Inhalt

Der Rat der Stadt möge beschließen:

- Weder chinesische Staatsunternehmen, noch Unternehmen, die einen Zugriff des chinesischen Staates auf unsere Infrastruktur ermöglichen, dürfen als Partner in Infrastrukturprojekten der Stadt Duisburg oder im Rahmen ihrer Städtischen Beteiligungen eingebunden werden.
- Huawei ist von weiteren Projekten im Bereich der Smart City als Partner auszuschließen.
- Zukünftige Beteiligungen aus Nicht-EU-Staaten an Infrastrukturprojekten der Stadt Duisburg (einschließlich im Rahmen der Städtischen Beteiligungen) müssen dem Rat zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden.
- Duisburg setzt sich für eine gemeinsame europäische Hafenstrategie ein, die den Einfluss autoritärer Staaten auf unsere Infrastruktur minimieren soll.

Begründung:

Die bundesweiten Diskussionen zum Schutz kritischer Infrastrukturen hat zuletzt Fahrt aufgenommen. Grund hierfür waren unter anderem der Einstieg der chinesischen Staatsreederei Cosco im Hamburger Hafenterminal Tollerort. Die Bundesregierung hat die Absicht, neue Richtlinien zum Schutz der kritischen Infrastruktur erstellen.

Davon wird auch die Stadt Duisburg betroffen sein. Denn hier setzt man auf – zum Teil staatliche – chinesische Akteure, wenn es um Infrastrukturprojekte geht. Dabei werfen nicht nur die Sicherheitsbedenken, sondern auch die mangelnde Transparenz bei diesen Projekten Fragen auf. So zum Beispiel im Duisburger Hafen: Erst kürzlich wurde aufgrund des öffentlichen Drucks bekannt, dass der chinesische Staatskonzern Cosco seine Anteile am Duisburger Gateway Terminal im Juni abgestoßen hat. Das europaweite Engagements Coscos in den Häfen Europas folgt dabei vorrangig keinem wirtschaftlichen Ziel. Es soll der politische Einfluss Chinas ausgebaut werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Antrag

Auch beim Ausbau der digitalen Infrastruktur setzte die Stadt Duisburg auf chinesische Partner: Mit Huawei wurde eine Kooperationsvereinbarung zum Aufbau der Smart City getroffen, welche nun ausläuft. Wie bei Cosco sind die Sicherheitsbedenken auch bei Huawei enorm. Der Konzern müsste nach chinesischem Recht der chinesischen Regierung Datenströme offenlegen. Dies ist auch Grund für internationale Sanktionen, die Huawei als Partner ausfallen lassen sollten. Dennoch schließt die Stadt Duisburg bisher nicht aus, mit Huawei weiterhin zu kooperieren. Damit setzen wir uns einerseits den geschilderten Sicherheitsbedenken aus, andererseits aber auch einem wirtschaftlichen Risiko: Huawei ist bereits heute von umfänglichen internationalen Sanktionen belegt. Diese können sich in Zukunft weiter verschärfen. Damit liefe auch eine potentielle Kooperation Gefahr, einen wirtschaftlichen Schaden für die Stadt Duisburg zu werden.

Duisburg muss seinen Sonderweg beenden und seine Infrastruktur schützen. Darüber hinaus muss sich die Stadt für eine gemeinsame europäische Hafenstrategie einsetzen.